

Kamener Zeitung

Vollsfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

20 000 Mt. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 4000 Mt. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: G. Schubert, Kamen

Nr. 124 (1. Blatt)

Donnerstag, den 31. Mai 1923

51. Jahrgang

Die Berliner Beratungen.

(TU) Wie verlautet, handelt es sich bei den jetzt stattfindenden Beratungen des Reichsratsausschusses, um die weitere Vorbereitung der deutschen Ergänzungsnote. Obwohl sämtliche bei dem Ergänzungsantrag in Betracht kommenden Fragen mit den Parteiführern bereits eingehend erörtert sind, wird in weiteren Beratungen voraussichtlich nötig werden, denn mehrere Parteien haben den Wunsch, die Fragen der Garantien und der deutschen Leistungsfähigkeit noch einmal durchzusprechen, und man denkt sogar an einen besonderen parlamentarischen Ausschuss der Prüfung der deutschen Ergänzungsvorschläge, um so dem deutschen Schritt Nachhaken durch gemeinsames Vorgehen von Regierung und Parlament zu geben. Wie weiter mitgeteilt wird, hat der Reichsverkehrsminister dem Hauptbeamtenrat im Reichsverkehrsministerium nahe gelegt, zu dem Angebot der deutschen Industrie Stellung zu nehmen und seine Ansicht schriftlich niederzulegen, damit Minister Gröner die Stellung der Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft dem Kabinett übermitteln könne.

Die Bereitwilligkeit der Landwirtschaft zur Garantierung.

(TU) Die Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Landwirtschaft und dem Kanzler stattfinden und eine Übereinstimmung über die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Landwirtschaft zur Garantierung der Reparationsfrage auf sich zu nehmen, ergeben haben, haben wie die T. U. hört, die Einzelheiten der Durchführung des Planes noch nicht berührt. Diese sollen in den nächsten Tagen nach der Rückkehr des Reichsministers Dr. Luther von einem kurzen Erfolgserlaß in Bayern erörtert werden. Die Besprechungen darüber mit Vertretern der Landwirtschaft werden noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Die Bürgschaftsübernahme.

(TU) Vertreter des Reichslandbundes brachten in der Unterredung mit dem Reichsminister über das Garantienproblem die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Landwirtschaft zum Ausdruck, weitgehende Opfer auf sich zu nehmen, wobei die Voraussetzung ist, daß das Reparationsproblem endgültig gelöst wird. Auch zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und den Vertretern der Regierung fand eine Besprechung statt. Der Arbeitsausschuß der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft trat ebenfalls zu einer Sitzung zusammen, um sich über die durch das Industrieangebot geschaffene Lage auszusprechen.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages ist nunmehr endgültig auf Dienstag den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr, angesetzt worden. Heute findet unter dem Vorsitz des Reichsministers eine Besprechung des ausständigen Ausschusses des Reichstages über die außenpolitische Lage statt.

Die Sozialdemokratie über das Industrieangebot.

(TU) Der „Vorwärts“ berichtet: Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei befaßte sich am Mittwoch mit der gesamten politischen Lage. Er billigte die Schritte, die die Unterhändler der Sozialdemokratischen Partei in den letzten 14 Tagen unternommen haben, um die Regierung zu veranlassen, ein konkretes und konkretisiertes Angebot zu machen, das Deutschland den Weg zu internationalen Verhandlungen eröffnen soll. Der Vorstand ersuchte seine Vertreter, in den entscheidenden nächsten Tagen nachdrücklich in demselben Sinne zu wirken. Der Fraktionsvorstand befaßte sich weiter mit dem Angebot der deutschen Industrie. Er nahm Kenntnis davon, daß die Wirtschaftsfreie endlich für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage grundsätzliche bestimmte Leistungen anbieten und eine Sanktion der Sachwerte dafür erforderlich halten. Der Vorstand lehnte es aber auf das Entschiedenste ab, Erfüllung einer Staatsbürgerpflicht von irgend welchen Voraussetzungen abhängig zu machen.

Die englischen Handelskammern und die Reparationsfrage.

(TU) Der Verband der englischen Handelskammern hat sich bereit erklärt, drei Vertreter zu einer vom Kongreß der internationalen Handelskammern in Rom beschlossenen Konferenz von Geschäftsmännern zu entsenden, welche die Reparationsfrage prüfen soll. Der „Evening Standard“ erklärt hierzu, daß die englischen Delegierten vorschlagen werden, Deutschland ein mehrjähriges Moratorium zu gewähren. Sodann werden die englischen Delegierten die Festlegung einer Reparationssumme verlangen, die Deutschland innerhalb einer angemessenen Zeit bezahlen könne, ohne den Handel der Alliierten zu schädigen. Sie würden ferner eine Form

einer internationalen Anleihe und der Sicherung des Zins- und Tilgungsdienstes vorschlagen. Zu diesem Zweck müßten Goldzölle auf die Ein- und Ausfuhr erhoben werden, und zwar unter alliierter Kontrolle über das deutsche Zollwesen.

3 französische Bedingungen.

(TU) Der „Temps“ gibt die Bedingungen bekannt, unter denen Frankreich bereit ist, mit Aufmerksamkeit die neuen Zahlungsvorschläge Deutschlands zu prüfen:

1. müsse, sobald Verhandlungen beginnen, der passive Widerstand eingestellt werden und die Reichsregierung den Grundlageliegens und Frankreichs anerkennen, daß die Klärung der Ruhr nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen erfolgt.

2. wird der deutschen Regierung der Rat erteilt, keine feste Gesamtsumme in ihrem Angebot zu nennen. Vor allen Dingen seien die Ansprüche Englands noch nicht bekannt und es bestehe wohl die Gefahr, daß ein ungünstiger Totalbestand vorgeschlagen würde.

3. soll die deutsche Regierung nicht mit der unnötigen Forderung der Festsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit belästigt werden; hingegen könnte, so sagt der „Temps“, weiter, Deutschland ein Moratorium verlangen. Aber es müsse vereinbart werden, daß die Alliierten während der Dauer dieses Moratoriums im Besitz des ganzen Ruhrgebietes bleiben werden und daß sie aus dem besetzten Gebiet alle Erträge ziehen, die dieses zu bieten imstande ist.

Der unerwünschte Mussolini.

(TU) Es ist in Paris davon die Rede, daß Mussolini an der Konferenz in Brüssel am 6. Juni teilnehmen wolle. In offiziellen Kreisen ist über diese Absicht des italienischen Ministerpräsidenten nichts bekannt. Im „Journal des Debats“ wird darauf hingewiesen, daß Mussolini nur dann nach Brüssel reisen könne, wenn er von der belgischen Regierung eine offizielle Einladung erhält. Hiermit sei aber kaum zu rechnen, denn es handele sich um eine französisch-belgische, nicht aber um eine internationalisierte Besprechung.

Beruhigung im Streikgebiet.

Aus gut unterrichteten Kreisen wird dem Volksbüro mitgeteilt: Das Kohlenabkommen im Bergbau hat keine beruhigende Wirkung im Ruhrgebiet nicht verfehlt. Auf den meisten Zechen ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden. Auf den übrigen Zechen wird mit der Arbeitswiederaufnahme in kürzester Frist gerechnet. Es muß angestrichen werden, daß die Arbeit durch die Bergarbeiter nochmals festgestellt werden, daß es sich nicht um eine allgemeine Lohnbewegung im Bergbau gehandelt hat, sondern daß die Stilllegung der meisten Werke durch proletarische Hundstöße zwangsweise erfolgte. Die Gewerkschaften haben entgegen irreführenden Nachrichten festgestellt, daß sich in der Zentralstreikleitung keine Mitglieder der größeren Bergarbeiterverbände befanden. Die Zentralstreikleitung selbst, sowie die Union der Hand- und Kopfarbeiter haben gestern in einem Aufruf, dem allgemeinen Drucke nachgehend, zur Beendigung des Streiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der Arbeit ist auch eine allgemeine Beruhigung im Ruhrgebiet eingetreten, wenn auch noch nicht überall die gesunden Zustände im vollen Umfange wiederhergestellt werden konnten. Um die Befriedigung der Unruhen haben sich die kommunalpolitische und Schutzorganisationen, soweit sie noch bestanden, in Verbindung mit bürgerlichem Selbstschutz hervorragende Verdienste erworben. Eine Ausbreitung der Unruhen im großen Umfange ist vor allem wegen der einmütigen Haltung der Bevölkerung nicht erfolgt, insbesondere hat die organisierte Arbeiterchaft gegen das Großstadtsyndikat und gegen dröselnde Heer unzweideutig Stellung genommen. Durch die Unruhen der letzten Tage ist zweifellos erheblicher Materialschaden entstanden. Die Aufrührbewegung hat indessen die Front des passiven Widerstandes der Bevölkerung nicht erschüttern können. Es herrscht im Ruhrgebiet die Auffassung vor, daß ohne die widerrechtliche Besetzung der Erzelektre der letzten Wochen unmöglich gewesen wären diese Auffassungen, die durchaus dazu angetan, den Widerstandswillen der Ruhrbevölkerung zu stärken.

Die kommunistische Wahlarbeit

soll jetzt, so meldet die „Frankfurter Zeitung“ aus Mainz, auch auf Rhein-Messen ausgeübt werden. Ein sogenannter freier Aktionsausschuß der Erwerbslosen für den Mainzer Bezirk hat Tausende von Flugblättern im besetzten hessischen und rheinischen Gebiet verbreitet, in denen es heißt, daß der Vereinigte Aktionsausschuß von Mainz beschloß, habe, volle Solidarität mit dem kommunistischen

Proletariat an der Ruhr zu üben und daß die Parole ausgegeben werde, auf einen gegebenen Ruf in Mainz zu erscheinen.

Demonstrationszüge der Dresdener Arbeiterschaft

gegen die Teuerung und den Hunger, zu denen die Parteien der Linken und die Gewerkschaften im Verein mit den Erwerbslosen aufgerufen hatten, fanden gestern unter gewaltiger Beteiligung statt. Es kam nur zu einem ersten Zwischenfall mit der Polizei, wobei diese Gummischläger gebrauchte. Durch Steinwürfe wurde ein Beamter verletzt. Bei den Demonstrationen wurden Verwundete nicht festgestellt. Abends griff der Selbstschutz, wie es in der Meldung des Polizeipräsidenten heißt, vermittelnd ein, dem es auch gelang, die Unruhen in Ruhe auseinanderzubringen und Gewalttätigkeiten zu verhindern. Vier weitere Festnahmen erfolgten.

Die Marktstützungsaktion.

(TU) Im Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Prüfung der Maßnahmen zur Stützung der Markt brachte der Abgeordnete Dr. Hermann (Zentr.) die Mitteilung, er habe den Wirtschaftsminister Dr. Veder und den Reichsfinanzminister Dr. Hermes gebeten, Unterlagen zur Prüfung der Frage zu beschaffen. Diese Unterlagen lagen vor und wurden vom Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium erläutert. Nach dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet, so führt der Staatssekretär aus, habe der Dollarkurs stark angezogen, und die Reichsregierung sei alsbald in Erwägungen eingetreten, mit welchen Mitteln man dem entgegenwirken könne. Die beiden Mittel, die in Frage kamen, waren Einstellung der Gewährung von Krediten bei Devisen und zweitens ein teilsingiger Eingriff gegen den Verkauf von Devisen am Markt und zwar sowohl auf deutschen Börsen wie an ausländischen. In dieser Weise sei dann auch die Operation eingeleitet worden und zwar in ständiger Fühlung zwischen Reichsbank und Reichsregierung. Die Aktion habe dann ja auch den Erfolg gehabt, daß drei Monate lang der Dollarkurs auf einem Niveau von 20 bis 22 000 festgehalten wurde. Die Aktion stand natürlich nicht im Zeichen der Währungsstabilisierung, sondern war eine Marktschutzmaßnahme. Um die Kredite der Reichsbank für die Aktion zu decken, sei dann auch die bekannte Anleihe in Dollarschuldscheinen aufgelegt worden. Unsere stark passive Handelsbilanz und die Tatsache, daß der Bedarf an Devisen die deutsche Wirtschaft stark über das hinausgeht, was die Wirtschaft produziert habe, habe dann der Reichsbank das Eingreifen immer schwieriger gemacht. Dazu kam der geringe Erfolg der Dollarschuldscheine. Als dann der Anstieg am Devisenmarkt immer größer wurde, entschloß man sich, den Kurs nicht mehr unter allen Umständen zu halten, sondern dem Anstieg nachzugeben, um später mit stärkeren Mitteln eingreifen zu können. Als am 18. April der Anstieg stärker einsetzte und die Reichsbank nicht weiter helfen konnte, traf das ein, was allen bekannt ist. — Reichsbankpräsident habenstein gab gleichfalls ein allgemeines Bild der Stützungsaktion. Alle Erweiterungen der Presse darüber, daß die Reichsbank irgendwelchen Widerstand gegen die Aktion geleistet hätte, gehörten in das Gebiet der Legende. Die Reichsbank war nicht einem Augenblick darüber im Zweifel, daß ihre Reserven eingesetzt werden müßten, wenn die Notwendigkeit es gebot. Der Reichsbankpräsident kam dann auf die Dollarschuldscheine zu sprechen, die eine Enttäuschung gebracht habe. Er fuhr dann fort: In dieser Erwartung sind wir allerdings getäuscht worden. Wenn der Sturz der Markt vom 18. April im wesentlichen der Schwerindustrie zur Last gelegt worden ist, so waren diese Vorwürfe durchaus unberechtigt. Ich muß meiner Überzeugung dahin Ausdruck geben, daß es Unrecht wäre, diesen Anstieg irgend einer Wirtschaftsgruppe oder einzelnen Menschen besonders zur Last zu legen. Von fast allen Seiten der deutschen Wirtschaft wird der Gedanke an das eigene Interesse in den Vordergrund gestellt. Wenn ich in der Presse zum Eideschwörer getempelt worden bin, daß ich namentlich einzelne Vorwürfe gegen eine Reihe unserer Wirtschaftsführer erhoben habe, so kann ich darauf nur bemerken, daß meine damaligen Feststellungen im Zentralausschuß sich in keiner Weise gegen einzelne Personen oder gegen eine einzelne Gruppe gerichtet haben, sondern gemacht worden sind auf Grund unserer allgemeinen Wahrnehmungen und Beobachtungen bei der Börse und sonstigen Geschäftsfällen. Habenstein schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, das Vorgehen der Reichsbank im ganzen sei erforderlich gewesen, um den passiven Widerstand an der Ruhr aufrecht zu erhalten. Darauf vertagte sich der

Ausschuß. Die nächste öffentliche Sitzung ist noch nicht bestimmt.

Die Neuordnung der Strafgerichte.

(TU) Der Reichsrat stimmte in seiner letzten Sitzung neben einigen größeren Vorlagen auch dem Etat für 1923 in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zu. Der Berichterstatter, ein Ministerialrat, gab nochmals ein Bild der ungefähren Finanzlage und betonte, daß der Fehlbetrag nunmehr schon eine Höhe von 12,4 Milliarden Mark erreicht habe. Aber ein einigermaßen zuverlässiger Anhalt sei auch das noch nicht, da die Geldentwertung weiter fortschreite. Alsdann erledigte der Reichsrat die wichtige Vorlage zur Neuordnung der Strafgerichte. Die Reichsregierung ging davon aus, daß weite Volksteile in unsere Strafrechtsprechung ein großes Mißtrauen setzen und zwar einmal, weil die Raten von der Strafkammer ausgeschlossen seien und ferner, weil gegen Strafkammerurteile keine Berufung zulässig ist. Diesen beiden Mängeln will der Entwurf abhelfen und zwar so, daß die erste Instanz der Strafgerichte lediglich aus kleinen und großen Schöffengerichten zusammengesetzt. Gegen sämtliche Urteile der ersten Instanz soll Berufung an der Strafkammer zulässig sein. Diese ist mit zwei Richtern und drei Laien besetzt. Weiterhin sollen Revisionen je nach Lage der Fälle an das Oberlandes- oder Reichsgericht erfolgen. Schließlich haben die Ausschüsse auch noch die bisherige Form der Schwurgerichte dahin geändert, daß in Zukunft Laien und Richter gemeinsam über Schuld- und Strafmaß entscheiden. Diese neue Organisation bündelt erhebliche Einsparungen, denen auf der anderen Seite erhebliche Ersparnisse gegenüberstehen sollen, einmal durch stärkere Verwendung des einzelnen Richters in der Strafkammer, indem man den einzelnen Untersuchungsrichter der kleinen Kriminalität überträgt. Die Zahl der Geschworenen wird von 30 auf 6 reduziert. In den großen Schöffengerichten sind zwei Laien und zwei Berufsrichter tätig. Bezüglich der Auswahl der Schöffen ist es im wesentlichen beim alten Zustand geblieben. Die Vertrauenspersonen werden aber nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Ganz erheblich geändert wurde die Auswahl der Geschworenen. Während bisher die Auswahl dem Landespräsidenten nach freiem Ermessen zustand, wird die Auswahl nunmehr so gestaltet werden wie bei den Schöffen, daß die Vertrauenspersonen die Liste aufstellen und es dem Landgericht obliegt, die Geschworenen in der Reihenfolge der von den Vertrauenspersonen festgelegten Liste durch Auslosung zu berufen.

Die neuen Kohlenpreiserhöhungen.

(TU) Die Kohlenpreiserhöhungen sind für sämtliche Reviere mit Ausnahme des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues abgeschlossen. Die Preise sind im allgemeinen in demselben Umfange erhöht worden wie die Röhre. Die Erhöhungen der Nettopreise je Tonne betragen für:

Reviere	Nettopreis
Muffelstückerlohe	70 210 Mt.
Obersteifen	48 500 "
Niedersteifen	50 260 "
Sachsen	25 000 "
Oberrhein	53 574 "
Hebriges Sachsen	58 792 "
Wachsen-Schweizer	65 388 "
Wachsen-Nordrhein	74 208 "
Rheinische Kohlenlohe	9 900 "
Brickets	34 520 "

In diesen Erhöhungen ist die Erhöhung der Abgabe für den Bergbauabzugsteuer bei Fettkohle um 1500 auf 2100 Mark, bei Braunkohle und Brickets um 600 auf 1200 Mark enthalten. Der Bruttopreis für Fettkohle beträgt etwa 281 000 Mark gegenüber 437 000 Mark für gleichwertige englische Kohle in Hamburg.

Verschiedene Meldungen.

Der Polizeikommissar Gräbe in Dortmund ist durch einen französischen sogenannten Kriminalbeamten auf der Polizeieinspektion verhaftet worden. Gräbe wurde zunächst zur Kronenburg und später weiter anschließend nach Castrup abgeführt. Der Grund der Verhaftung ist unbekannt.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Höchst am Main: Die Franzosen haben ein Verbot erlassen, nachdem Radfahrer nicht mehr über die Befestigungsgrenze fahren dürfen, während andere Fahrzeuge die Sperrung passieren können. Das Verbot trifft besonders hart Arbeiter und kleine Geschäftsleute. Außerdem verweigert dort hiesige französische Delegierte 800 im besetzten Gebiet wohnhaften, aber hier tätigen Arbeitern das Recht zum

Westfalen und Rheinland.

Stadtvorordneten-Sitzung.

(Schluß.)

Kamen, 31. Mai. Im weiteren Verlaufe der letzten Sitzung des Stadtvorordneten-Kollegiums kamen noch folgende Sachen zur Verhandlung:

Eine unentgeltliche Gemeindesteuer wurde niedergeschlagen und die Rechnungen aus 1921 der Armen-, Schlachthof-, Fürsorge-, Gaswerks- und Krankenhauskasse wurden abgenommen.

Die Baugelöhnenordnung wurde in ihren Sätzen um 100% erhöht. Dieses soll die Grundgebühr sein, dazu kommen Zuschläge, die sich jeweils nach dem Maurertarif richten.

Ein weiterer Nachtrag zur

Grunderwerb-Ordnung.

der angenommen wurde, verlangt für den 1. Hund 4000 M., Steuer, für den 2. 12 000 M., für den 3. 36 000 M., die Zwingersteuer beträgt 48 000 M.

Der Haushaltsplan der Wohlfahrtskasse balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 31 Millionen Mark. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß der Plan am 14. März eingereicht wurde und seitdem erst der Marktfuß eintrat, also mit einer Erhöhung der obigen Summe gerechnet werden muß. Ohne Debatte wurde der Vorlage zugestimmt.

In aller nächster Zeit wird

Kamen dänisches Schlachthaus

erhalten. Die Genehmigung zur Einfuhr wird aber nur erteilt, wenn eine gepflasterte Zufahrtstraße von der Reichenbahn bis zum Schlachthof angelegt wird, auf dem das Vieh dann sofort den Schlachthof erreicht. Das Bauamt empfiehlt eine Kopfsteinpflasterung durch die Firma Robert Schneider, die die Summe von 2½ Millionen Mark erfordert. Nach einer kurzen Aussprache, in der auch wieder die Ausfuhrfrage geäußert wurde, stimmte man der sofortigen Anlage dieses Zufahrtsweges zu.

In letzter Sitzung wurde beschlossen, die Rathenaufstraße (durch die Koppelwiese) bald auszubauen. Wenn diese neue Straße immer ihren Zweck erfüllen soll, muß die

Koppelwiese ausgebaut

benötigt neue Schläuche und Herr Direktor Verpflichtung, dort eine solche Brücke auf ihre Kosten zu bauen. Die Stadt wünscht aber in Verhandlungen die Brücke 5 Meter breit und mit Bürgersteig versehen und so gut gebaut, daß alle Fuhrwerke darüber fahren können. Die Seife-Genossenschaft will nun die Arbeitslöhne übernehmen und die Stadt soll die Materialkosten liefern = 37 Millionen. Da die Arbeiten von Erwerbslosen ausgeführt werden und dafür der Staat 80% zahlt, käme anscheinend die Stadt schlecht dabei weg. Nach einer kurzen Aussprache, an der sich die Herren Jacob, Müller, Scharfberg, Möberg beteiligten, stimmte die Versammlung zu, anteilig zum Bau der Koppelwiese beizutragen.

Die Feuerwehre

benötigt neue Schläuche und Herr Direktor bezieht als Gutachter beantragt 45 Meter neuen Schlauch zu bestellen. Die Kosten betragen 702 000 Mark, die Notwendigkeit wird anerkannt und die Kosten werden bewilligt.

Die Wahl der Steuerentscheidungsmitglieder der sollte der Dringlichkeit wegen sofort vorgenommen werden. Ohne genaue Prüfung glaubte ein Teil der Versammlung Vorschläge nicht machen zu können und so wurden jetzt nur in Vorschlag gebracht und gewillt, für die Abstellung Haus- und Grundbesitz der Herren Leber, Leber, Wortmann und für die Gruppe Gebalts- und Lohnempfänger die Herren Leber (Vertreter Eggert) die anderen geben ihre Vorschläge noch bekannt.

Abgelehnt wurde ein Antrag, auf dem Rathaus eine Feuerkette anzubringen, die gleichzeitig täglich die Mittagsstunde künden sollte. Die Kosten würden 3-4 Mill. Mark betragen haben.

Die kleine sozialdemokratische Anfrage über die in Kamen stationierte Schutzpolizei begründet Herr Strelinski. Zum ersten Erkenntnis habe man sehen müssen, daß am Freitag hier Schutzpolizei einrückte, obwohl in Kamen bisher alles ruhig war. Wer hat die Schupo gerufen? Durch das Erscheinen sei Unruhe in die Arbeiterstadt gekommen und dies habe ihn beunruhigt, die Angelegenheit in der Stadtvorordneten-Sitzung zur Sprache zu bringen. Ebenso erstaunt sei man über die Beschuldigung der Schupo zu diesem Zweck, die sobald wie möglich wieder geräumt werden müsse. Redner erläuterte dann, daß f. St. Reichweh nach hier kommen sollte und daß es der frühere Bürgermeister verstanden habe, dies fernzuhalten. Dafür sei man ihm sehr dankbar gewesen. Er bitte dafür zu sorgen, daß die Schupo bald wieder abzieht, damit es hier keine Unruhe und keine Plünderung gibt. Nicht hierdurch, sondern durch Wohnbewegungen wollen wir erreichen, daß das Großstadtbild mehr gibt. Redner stellt dann die Anfragen: Wer hat die Schupo angefordert und zu welchem Zweck? Wer trägt die Kosten und die Verpflegung?

Der Beigeordnete erklärt, daß das Herbeiführen der Schutzpolizei nicht den Zweck habe, die Arbeiter zu beunruhigen, noch ist in Wohnstreitigkeiten einzumischen. Der Lohnkampf sei ganz Sache der Arbeiter. Die Schupo mache a. W. keine Patrouillen, sie sei hier, nicht gegen die Kamenen Arbeiter, sondern für die Kamenen Arbeiter. Die Ursache der Verlegung nach hier sei, daß wir im Grenzgebiet viele Menschenleben, Gut und Eigentum anderer durch Minderheiten bedroht werden. Gegen diese Bedenken, die allmählich auch nach hier kommen könnten, richtet sich diese Sicherheitsmaßnahme. Als die Anfrage aus Kamen kam, betrug die Verlegung der Schupo hier in Verbindung mit dem Beigeordneten der Sache in Verbindung. Der Beigeordnete habe darauf in Kamen eine Sitzung abgehalten, nach der er erklärt habe, daß er Schupo entsenden werde. Er (der Beigeordnete) habe keine Erklärung, daß er sich verpflichtet

fühle, die Bergleute zu schützen vor evtl. von auswärtigen kommenden Mordanschlägen. Keiner solle zur Arbeit gezwungen, aber auch keiner durch auswärtige Bürger bedrängt werden. Das Beispiel an der Seife sei bezeichnend, aber auch die Tatsache zu beachten, daß man auf der Kueler Zeche den Dampf abstellte und dadurch Menschenleben in größte Gefahr brachte. Die Schupo konnte für die Unterfunktion freigegeben werden, weil viele Kinder abgerechnet sind (Kommern usw.). Der Unterricht erleidet keinen Abbruch. Man müsse doch aber menschlich fühlen und bedenken, daß diese Schupo-Beamten sämtlich von Frau und Kind verjagt und von den Franzosen ausgewiesen wurden. Kosten entstehen der Stadt nicht, was bezahlt wird, wird alles erstattet. Die Schupo habe den freiten Befehl, bei allem Tun erst die Zustimmung des Landrats abzuwarten. Die Schupo sei gekommen, um zu helfen. Sollte die Arbeiterstadt in den Streit gehen, habe sich die Polizei nicht bereitzumischen. Stadt. Jeder als Polizeibeamter erklärt, daß die Polizei froh war, als die Schupo nach hier geleitet wurde. Die 8 Mann der hiesigen Polizei seien gegen plötzlich von auswärtigen eindringenden Plünderer nicht stark genug. Herr Jacob: Alle Leute, die für Aufrechterhaltung der Ordnung sind, sollten mit der Anwesenheit der Schupo einverstanden sein können. Wenn man betrachtet, wie die Kommunisten haufen und kein Leben und Eigentum schonen, da sollte man froh über das Erscheinen der Schupo sein. Daß die Kamenen Einwohner keinen Anlaß zum Einschreiten bieten, davon sind wir alle überzeugt. Wir haben doch alle Ursache zu wissen, daß das Eigentum und Leben aller Bürger geschützt ist. Redner glaubt, daß alles Gerede mehr Stimmungsmache sei. Herr Leber findet die starke Bewaffnung für ungeschön. Wenn Ausgang sollte man die Waffen lieber ablegen. Damit fand die Anfrage ihren Ausgang und die Sitzung ihren Schluß.

Kamen, 31. Mai. (Verschiedenes.) Zur Fahrpreiserhöhung der Eisenbahn ab 1. Juni wird geschrieben, daß wie bei den letzten Fahrpreiserhöhungen auch diesmal die vierstellige Gültigkeitsdauer der Fahrkarten nicht befristet wird. Man kann also am 31. Mai eine Fahrkarte lösen und die Fahrt am 1., 2. und 3. Juni antreten; sie muß nur bis zum 3. Juni um Mitternacht beendet sein. Die Fahrkarte des Mittelwuppertals Reiseführers gelten 60 Tage. Ein Fest, das am 31. Mai zum alten Fahrpreis gelöst ist, gilt also bis zum 28. Juni. Mit Fahrkartenheften, die mit einem vor dem 1. Juni liegenden Datum abgesehen sind, muß jedoch die Reise spätestens am 3. Juni angetreten werden. Das Recht der beliebigen Fahrunterbrechung innerhalb der Geltungsdauer ist nicht beschränkt.

Westfalensinder in Pommern.

Von den am 9. ds. Mts. in den Kreis Greifswald in Pommern entsandenen Kindern des Landkreises Kamen sind unlängst einige wenige zu ihren Eltern zurückgekehrt. Der Grund war in fast allen Fällen wie bei Kindern dieses Alters nur zu natürliches Heimweh. Diese Erfahrung lehrt, daß die Eltern gut daran tun, in ihren Briefen den Kindern nur vorübergehenden Heimwehstimmungen ihrer Kinder nicht zu sehr nachzugeben, sondern im Gegenteil die Kinder zu ermahnen, sich mit den ihnen neuen Verhältnissen abzufinden. Glauben die Eltern aber, daß tatsächlich die Behandlung der Kinder seitens der Pflegeeltern oder in der Schule zu wünschen übrig lassen, dann ist es nicht zweckmäßig, dies sofort persönlich an die Pflegeeltern oder die amtlichen Stellen in Greifswald zu schreiben. Derartige Beschwerden werden vielmehr am besten an das Kreiswohlfahrtsamt in Hamm oder an die Wohlfahrtsämter der Städte und Meiner gerichtet. Von diesen werden die Klagen nach Pommern weitergeleitet, wo dann durch Mitglieder der Frauenvereine jedem einzelnen Beschwerdefall nachgegangen und gegebenenfalls eine andere Unterbringung der Kinder veranstaltet wird. Im übrigen werden demnächst Vertrauenspersonen aus dem hiesigen Kreis nach Greifswald abgehen, die überall nach dem Rechten sehen werden.

Der Dollar = ca. 60 000, das englische Pfund = 277 000, der holländische Gulden = 23 100, der Schweizerische Franc = 10 900 M. (Ein Brief 200 Mark.) Die Tarifserhöhungen bei der Post werden, wie jetzt beschlossen wurde, bestimmt am 1. Juli eintreten. Die Erhöhung für den Brief wird voraussichtlich 100% betragen. Ein gewöhnlicher Fernbrief wird also 200 Mark Porto kosten. Die anderen Sätze werden ganz unregelmäßig erhöht.

Wer verteuert die Milch?

Zu der Sitzung des westfälischen Milchpreisausschusses in Hamm am 11. d. Mts. in der die Verbehaftung des Milchpreises besprochen wurde, schreibt die „Deutscher Arbeiter“. Von Seiten des Meiereiverbandes wurde in der vorigen Sitzung darüber Frage geführt, daß die Zuschläge der städtischen Milchverteilungsstellen und auch die städtischen Milchhändler zuerkannten Zuschläge oft enorm hoch seien. Der Milchpreis im Industriegebiet ist fast doppelt so hoch als der Erzeugerpreis, worüber das kaufende Publikum wenig unterrichtet ist und daher die Schuld an den hohen Preisen einzig der Landwirtschaft zuschreibt. Von einem Städtevertreter wurde darauf geantwortet, die Erzeuger hätten sich um den Verkaufspreis nicht zu kümmern, sondern nur um den Erzeugerpreis, eventuell auch um den Markterzeugerpreis. Dem hielt der Vertreter der Landwirtschaft folgendes entgegen: Wenn es richtig sei, daß die Erzeuger und Verkäufer sich um die Verkaufspreise in den Städten nicht kümmern dürften, dann hätten sich naturgemäß auch Verbraucher und Städtevertreter nicht bei der Bildung des Erzeugerpreises zu beteiligen. Die Landwirtschaft und die Verkäufer müßten dann den Erzeugerpreis und den Preis als Verkäufer

alle in festsetzen. In der letzten Sitzung kam auch der Vertreter der münsterischen Regierung sowie der Provinzialpreisausschüsse zu dieser Ansicht. Die Preisprüfungsstelle wird von jetzt ab die Preisfestsetzung der einzelnen Städte anfordern, eine Kommission des Milchpreisausschusses wird die Preisfestsetzung durchprüfen und dann dem gesamten Ausschuss vorlegen. Erteilt sich hierbei die Möglichkeit der Herabsetzung der Verkaufspreise so wird von der Provinzialpreisausschüsse das Notwendige veranlaßt werden. Auf diese Weise kann auch die zu große Ungleichmäßigkeit der Milchpreise in den verschiedenen Städten vermieden werden.

Wer ist von der Wohnungsabgabe befreit? Zu diesem Artikel in der letzten Sonnabendnummer der Kamenen Zeitung erhielt das Katasteramt Hamm alle Antragsteller, mit der Einreichung der Befreiungsanträge so lange zu warten, bis die Steuererklärungen herausgegangen sind.

Gemeindevorsteher als Schöffen oder Geschworene. Gemeindevorsteher werden bei der Auswahl zum Schöffen- und Geschworenenausschuss nicht selten übergangen, weil man sie zu den Beamten rechnet, die zu diesem Amt nicht berufen werden dürfen. Der Justizminister weist demgegenüber darauf hin, daß für die Gemeindevorsteher daselbst gilt, wie für die Amtsvorsteher, und danach keine Bedenken gegen deren Berufung als Schöffen oder Geschworene bestehen.

Eine Volksversammlung fand Dienstagabend bei starkem Regen statt, in der der sozialdemokratische Parteisekretär Herr Schickowski aus Hamm eine Referat über die augenblickliche Lage erstattete und sich besonders gegen den kommunistischen Terror im besetzten Gebiete wandte. In sachlicher Weise wurden die Ausführungen des Referenten von einigen Versammlungsteilnehmern unterstützt, während andere wieder einen schärferen Ton anschlugen. Über einen evtl. Streik auf der hiesigen Zeche wurden bestimmte Angaben nicht gemacht. Sollte es jedoch dazu kommen, dann wurde von den Rednern Ruhe und Besonnenheit gefordert, um der Schutzpolizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben.

(Die gestörte Wette.) Spähbögel des Westens machten Dienstag nachmittag eine Wette, wobei sich der Arbeiter Herbert G. von hier verpflichtete, mit einer blumengeschmückten Schiebekarre, selbst angetan mit weißen Handschuhen und Zylinderhut, verschiedene Straßen zu befahren und zwar vom Westerntor aus über den Marktplatz zum Ausgangspunkt zurück. Bis zum Markt ging alles gut, die Sache wurde viel belächelt, jedoch die Polizei fand keinen Fall an den vorliegenden Unternehmungen und stellte den Namen des Wettenden fest. Nun hat der G. die Wette verloren und wird außerdem einen Strafbefehl erhalten, weil er, wie der Gegendörfer sagt, durch das Herumschauen großen Unfug verübt und einen Menschenanlauf verurteilt.

Wegen Bettels wurde eine Frau aus Mülhe festgenommen, dieselbe führte einen Wagen mit einem ca. zehnjährigen Kinde mit sich und hatte, um das Mitleid der Leute zu erregen, die Hände ausgestreckt. Die erbetenen Gegenstände (Lebensmittel aller Art im Werte von mehreren 1000 Mark) wurden in dem mitgeführten Handwagen verkauft.

Wegen Mißhandlung in der Dienstag-Nacht kamen der Koch Karl St. von hier und der Schlosser Willi A. aus Dörbeke zur Anzeige. Da die Polizeistrafen ganz gewaltig erhöht worden sind, wird der Geldbeutel der Mißhandelter wohl ordentlich herhalten müssen.

Verglanten, 31. Mai. (Dortmunder Straßentum.) Im November 1921 wurde in das Geschäft des Kaufmanns H. Herz in der Hohenzollernstraße zu Verglanten ein Einbruch verübt. Den Einbrechern fielen Manufakturwaren im Werte von 60 000 Mark zur Beute. Trotz eifrigster Nachforschung konnte damals die Polizei nicht auf die Spur der Einbrecher kommen. Ein Jahr später, am 8. November 1922, wurde das Herzsche Geschäft wiederum von Einbrechern heimgesucht. Diesmal betrug der Verlust, den Herz an Waren zu verzeichnen hatte, etwa 2 Millionen Mark. Die Dortmunder Kriminalpolizei konnte schon nach kurzer Zeit bei einer Hausdurchsuchung feststellen, daß der 1893 im Kreise Allenstein geborene, wegen Hehlerei, Unterschlagung und Erpressung verurteilte Händler Johann Kowalski und dessen mit ihm zusammenwohnende Braut Anna Kowalski Herren- und Damenkleidung, Stoffe, Hemden usw. im Besitz hatten, die aus jenen Diebstählen herührten und daß sie auch gestohlene Sachen an andere Leute, z. B. an den Förderaufseher Wilh. Buch in Dortmund, verkauft hatten. Die Strafkammer war nach Lage der Sache überzeugt, daß Kowalski die beiden Diebstähle in Verglanten begangen hat und verurteilte ihn unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Wegen Hehlerei erhielt Buch 10 Monate, die Kowalski 6 Monate Gefängnis. Letztere wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. Zwei wegen Hehlerei mitangeklagte Frauen wurden freigesprochen.

Anna, 31. Mai. (Eine neue Untat.) In Massen wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag ein Diebstahl verübt. Der Beamte befand sich nachts gegen 3 Uhr auf seinem Patrouillengang im Ortsteil Obermassen. Er traf dort einige junge Leute, mit denen er sprach. Wenige Minuten später kam er in die Nähe der Gastwirtschaft Middelndorf, als plötzlich hinter einer Mauer eine Person ein Schuß auf den Beamten abgefeuert wurde. Der Gastwirt Middelndorf sprang sofort ans Fenster. Er hörte noch zwei Schüsse fallen und sah dann den Beamten zusammenstürzen. Der Beamte, der sich bei den Einwohnern allgemeiner Bekanntheit erfreute, war sofort tot. Die sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen führten zur Verhaftung von drei jungen Burken, die dem Untergangnis zugeführt wurden. Als mutmaßlicher Täter kommt weiter ein Vergmann E. aus Massen in Frage. Der seit Montag morgen 7 Uhr schweigend ist. Er hat sich auf ein Fahrrad geschwungen und ist in der Richtung Dortmund davongefahren.

1. Gelsenkirchen, 29. Mai. (Mittagskellerei.) Wie die Rhein.-Westf. Ztg. hört, erhielt Lebensmittelgroßhändler Stralmann am 28. Mai, nachmittags 6.30 Uhr, einen Brief, an dessen Folgen er in der Nacht vom 28. auf den 29. Mai, früh 4 Uhr, verhaftet ist. Es bewahrheitet sich also nicht, daß ihm auf offener Straße der Hals abgeschritten wurde.

2. Gelsenkirchen, 29. Mai. (Statistik über Kinderzahl.) Bei einer zum Zwecke der Feststellung des Kinderreichtums der Gelsenkirchener Familien vorgenommenen Durchzählung der Einwohnerliste ergab sich, daß 37 997 Familien in Gelsenkirchen wohnen. Von diesen waren 6589 oder 17,3 vom Hundert kinderlos, ein Kind hatten 9570 Familien oder 25,2 vom Hundert, zwei Kinder hatten 7844 oder 20,6 vom Hundert, drei Kinder 5587 oder 14,7 vom Hundert, vier Kinder 3673 oder 9,7 vom Hundert, fünf Kinder 2304 oder 6,1 vom Hundert, sechs und mehr Kinder 2430 Familien oder 6,4 vom Hundert.

Quer, 30. Mai. Die Schlägereien zwischen den fremdländischen Arbeitern und der deutschen Bevölkerung in Quer-Häfen nahmen in den letzten Tagen einen geradezu gefährlichen Charakter an. Der Rhein.-Westf. Ztg. wird darüber gemeldet: Besonders sind es die italienischen Arbeiter, die die Bevölkerung in der unheimlichsten Weise terrorisieren. Mit Browningspistolen, Dolchen und Faustwaffen schwer bewaffnet, beherrschen sie den ganzen Stadtteil. Bei einbrechender Dämmerung kann sich niemand auf der Straße sehen lassen, ohne Gefahr zu laufen, von diesen frechen Gesellen verprügelt zu werden. Einige Kommunisten befehligen die Lage bürgerlich. Um den Ausschreitungen der meist berüchtigten Banden vorzubeugen, hatte die deutsche Polizei die Wirtin verhaftet, ihre Lokale abends zu schließen. Die Italiener aber erzwangen sie gewaltsam einzulassen, indem sie in der Wirtschaft Peters einfach durch die Türöffnungen schossen und die Jalousien zerschlugen. Einige Gäste, die im Lokal anwesend waren, wurden von ihnen schwer mißhandelt und unter Schlägen bis in den dritten Stock versetzt. Gestern Abend beschossen sie aus Mache wegen der Schließung der Wirtschaft das Polizeirevier, um die Polizeibeamten herauszulocken. Da diesen jedoch keine Waffen zur Verfügung stehen, konnten sie sich auf den ungleichen Kampf nicht einlassen. In einem der letzten Abende wurde der Polizeikommissar Schneider von drei angetrunkenen italienischen Arbeitern aufgefordert, „Brüderchen“ mit ihnen zu trinken. Schneider lehnte dies natürlich ab, worauf die Kerle ihn unter Bedrohung mit Revolver und Dolch gewaltsam zwangen, einen Krug Bier auszutrinken, in den sie vorher gespußt, ferner Asche und gekauten Kautabak hineingeworfen hatten. Diese unglaubliche Gemeinheit haben sie noch mit mehreren Arbeitern in gleicher Weise begangen.

(zu) Quer, 29. Mai. (Wo ist der Junge geblieben?) Der Vergmann A. aus der Zalsstraße in Quer hatte seinen Sohn mit einem Transport nach Thüringen zur Erholung geschickt. Da der Junge aber an heimischer Krankheit, schickte der Vater dem Vater, bei dem sein Sohn in Pflege war, 20 000 Mark für die Rückreise. Tags darauf stellte sich bei dem Vater ein Herr ein, der sich als Mitglied des Roten Kreuzes ausgab und beantragte, den Jungen nach Hause zu bringen. Unionslos gab die Wänerin dem Manne den Jungen wie das Geld und die Kleider des Jungen heraus, womit er verschwand. Nach kurzer Zeit bemerkte die Wänerin, daß der Junge ein Paar Strümpfe vergraben hatte, eilte zum Bahnhof, wurde dort aber gewahr, daß der betreffende Herr nicht zum Bahnhof gegangen war. Jetzt erst schloß sie Verdacht und benachrichtigte die Polizei, die sofort ihre Ermittlungen anstellte. Bisher wurde weder der Mann noch der Junge gefunden. Ob ein Verbrechen vorliegt?

Die gestörte Hochzeit.

Quer, 30. Mai. Ein Bild grauenhafter Verwüstung zeigte am Sonntag morgen das Haus Querstraße 1 in Quer. Bedauern. Das in diesem Hause wohnende Ehepaar B. feierte am Sonnabend silberne und gleichzeitig eine Tochter derselben grüne Hochzeit. Gegen Mitternacht, als die Feier ihren Höhepunkt erreicht hatte, drang plötzlich eine Horde junger Burken in das Haus ein und es entspann sich eine schwere Schlägerei, wobei auch das Meisterwieder seine Rolle spielte. Das Jubelpaar, welches die Eindringlinge zurückhalten wollte, wurde durch Messerhiebe nicht unerheblich verletzt. Nachdem eine Gegenwehr gegen die Banditen ausbleiben war, flohen sämtl. Hochzeitsgäste über Hecken und Büsche, den Bandalen das Haus überlassend. Hier hausten dieselben denn in nicht überzgebender eise. Kasten, Schränke, Möbel des unteren Stockwerkes wurde zerstört, sämtliche Türen und Fenster eingeschlagen, Wäsche, Betten, Kleider, Porzellan zerschmettert und zerschlagen und zum Teil verbrannt, lag im wüsten Haufen durcheinander. Einzelne Möbelstücke waren bereit zerschlagen, daß man nicht mehr erkennen konnte, ob die Stücke von einem Schrank oder Bett waren.

Was kostet Betriebsstoff?

Viel Geld! Also benutze „Continental“ er ist besonders elastisch und dadurch schnell bei geringem Betriebsstoffverbrauch. Willst Du Geld sparen, dann laß

Continental
Cord

Zufolge der neuen großen Verteuerung auf allen Gebieten — vor allem einem noch nicht dagewesenen ungeheuren Emporschnellen der Papierpreise — sind wir genötigt, den **Bezugspreis** unserer Zeitung für Juni auf **6500 Mk.** und die Anzeigen wie Reklamepreise, ab 1. Juni, um 100 Prozent zu erhöhen.

Verlag der Kamener Zeitung.

Nach langem, schwerem Leiden hat es Gott gefallen, nach Empfang der heiligen Sterbesakramente unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine

Maria Nowak

im Alter von 16 Jahren und fünf Monaten zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, 29. Mai 1923.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Kampstraße 10, aus statt.

Für die uns aus Anlaß unserer Silberhochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen unsern

herzlichsten Dank,

besonders aber der Sängervereinigung und dem kath. Männergesangsverein Kamen für die herrlichen Liebespenden.

Friedrich Schäckermann und Frau.

Blumenschmuck-Wettbewerb!

Der Frühling ist eingezogen, die Natur erstrahlt ringsum in ihrem Glanze. Die Bürgererschaft wird es als ihre Ehrenpflicht betrachten, auch das Stadtbild nach Kräften zu verschönern, durch das Schmücken der Hausfronten das Straßenbild schön und abwechslungsreicher zu gestalten und blühenden Frühling in unsere Wohnungen zu zaubern. Der Verein Kamen ladet wie in den Vorjahren alle Mitbürger und Mitbürgerinnen zu einem Wettbewerb in der Ausschmückung von Fenstern, Balkonen und Vorgärten ein u. bittet um rege Beteiligung.

Folgende Preise werden ausgesetzt: 1. Preis 5000 Mk., 2. Preis 3000 Mk., 3. Preis 2000 Mk., 4. Preis 1500 Mk., 5. Preis 1000 Mk., 4 weitere Preise zu 750 Mk. u. 4 zu 500 Mk.

Die Wertung wird am Anfang, Mitte und Ende des Sommers und zwar in verschiedenen Klassen, je nach Lage und Wert der Wohnungen vorgenommen.

— Die Beteiligung ist kostenlos. —

Die Anmeldung muß sofort erfolgen. Anmeldungen weise man in den im Rathaus eingang angebrachten Briefkästen des Vereins (weiter Kasten an der Glasklar) 1697

Der Vorstand des Verkehrsvereins.

Geschäftsbücher zu haben in der Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Dixin das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CO., DUSSELDORF

Deutsches Turn-Fest München.

Freitag, den 1. Juni er., abends 8 1/2 Uhr, bei Witwe Jordan, Nordenfor.

Versammlung.

Tagesordnung:
Turnfahrten. 1689

Turnverein zu Kamen.

„Alte 13“
u. ehemal. Angeh. d. Ref. u. Landw.-Regt. sowie Ers.-Batt.

Sonntag, den 3. Juni 1923, morgens 5 1/2 Uhr, Abfahrt ab Bahnhof Kamen zum 1690

Regiments-Appell.
Anzug: Gut, Orden, Ehrenzeichen.

Geflügel- und Kaninchenzucht-Verein zu Kamen
Lünerstraße Nr. 52.

Freitag, den 1. Juni 1923, nachmittags von 3-7 Uhr
Einmalige 1686
Kleinanlage.
Mitgliedsbuch muß mitgebracht werden.
Der Vorstand.

grüne Heringe.
Emil Gieringhaus
Weststr. 47.

Schweine.
Freitag, Samstag und Sonntag
große und kleine
Schweine.
Frz. Beckhaus,
Oststraße 8. 1704

Gras-Verkauf.
Montag, den 4. Juni er., nachmittags 1/2 Uhr, soll das sehr gute
Gras
in den Wiesen bei der Adener Mühle öffentlich verkauft werden.
Anfang an der Mühle. 1689
W. Albert.

Rüchenschrank, Anrichte, Bettstellen, Sofa, Federbetten
preiswert zu verkaufen. 1693
B. Blume, Schillstraße 5.

Gerüste
für unbefest. Gebiet zu leihen evtl. zu kaufen gesucht.
Eilangebote an Baunternehmer Garneß, Derne, Str. Dortmund. 1692

Ein frischmelkes, hornloses
Schweizerlamm
gegen
Schlachtziege
zu verkaufen. 1688
Lucas Kleinberg, Rottstr. 6.

Versteigerung in Kamen.

Zu Auftrage des Herrn J. Samson in Kamen, — wegen Wegzugs — werde ich an der Wohnung des selben, Kamen, Deerenstr. 43, — neben Wirtschaft Klosterbörner — Freitag, den 1. Juni 1923, vormittags 9 Uhr, folgende gut erhaltene Gegenstände meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

1 Büfett
1 Vertikow
1 kl. Bücherschrank
1 Schreibstisch
1 Chaiselongue
1 Sofa
2 Sofatische
1 Spiegel mit Untersatz
Stühle
1 kompl. Schlafzimmer
1 gr. zweitür. Kleiderschrank
7 Bettstellen mit Matratzen
3 Kleiderschränke
2 Waschtische mit Garnitur
1 Nachtkonsole
3 Vorlagen
1 Küchenherd
1 Anrichte
1 Küchenschrank
1 Bank
1 Tisch 2 1/2 m
Stühle
div. Porzellansachen
3 Dosen mit Eisenrohr
2 Tische
1 Waschmaschine
1 Badewanne
3 Fahrräder
1 Schleifstein
Korbflaschen
1 Schweinetrog
Fässer
1 Grammophon m. 18 Pl.
2 Violinen
1 Motorrad
sowie mehrere andere Sachen.

J. Ebbers,
Beibeter Auktionator, Kamen
Bahnhofstr. 47. Fernruf 32.

Tafeln
zu haben in der
Buchhandlung der
Kamener Zeitung.

Wir suchen ein
Dienstmädchen
von ausländigen Eltern. Anständige Behandlung und guter Lohn wird zugesichert.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 1672

Suche für meine Tochter, 14 Jahre alt,
Stellung,
am liebsten beim Landwirt.
Zu erfr. in der Geschäftsst. der Kamener Ztg. 1684

Auf Grund der Verfü-gung des Herrn Verbands-präsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk in Essen vom 24. Mai 1923 Zgg.-Nr. W. VI a/20. 5. 23. wird für den Stadtbezirk Kamen nachstehende Anordnung erlassen:
Artikel I.
Die im § 2 der Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz für den Stadtbezirk Kamen vom 1. 9. 1922 in der Fassung vom 8. 1. und 27. 3. 1923 bestimmten Zuschläge werden wie folgt herabgesetzt:
a) Abf. I Ziffer 2, für Betriebskosten, die nach § 3 nicht umgelegt werden, einschl. Verwaltungskosten auf 2000 v. H. der Grundmiete;
b) Abf. I Ziffer 3, für laufende Instandsetzungsarbeiten auf 2440 v. H. der Grundmiete. 1699
Kamen, den 30. Mai 1923.
J. B. Siegler, Beigeordneter.

Briefpapiere in einfachen und feinsten Ausstattungen
Verlobungsanzeigen
Besuchskarten

empfehlen

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Zeitungsbote
für den Bezirk Oberaden-Dorf gegen gute Bezahlung gesucht.
Meldungen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung, Weststraße Nr. 10.

Draining verloren.
Gegen hohe Belohnung abgegeben. 1707
Westenborn 20.

Rehpincher
kleiner, schwarzer
braun gezeichnet, 1687
abhanden gekommen.
Wiederbringer erhält Belohnung.
Frz. Willmann,
Nordenmauer 29.

Rehpincher
und ein
weißer Hund
zugelassen.
Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen bei
Weiser, 1682
Klosterstraße 7.

Fort mit den Waren aus Frankreich, England, Italien, Japan, Belgien!
Was wir brauchen, schafft uns
deutsche Arbeit!

Bekanntmachung.
Ab Freitag, den 1. Juni, er. tritt eine Erhöhung der Fahrpreise und Monatskarten ein.
Der Wagen 5⁰⁰ morgens ab Bahnhof Kamen, an Unna Post 5⁰⁰, fährt ab Sonntag, den 3. Juni, an allen Tagen. 1694
Kleinbahn Unna-Kamen-Berne.

Die Unwahrheit, die ich gegen Fräulein A. M., Kaiseran, über Herrn A. Zahnte ausgesprochen habe, nehme ich zurück.
E. B., Weddinghofen.